

Berthold Huber



1. Mai - Leipzig:

Die Menschenwürde ist unser Maß:

Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West,
gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt.

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: Redebeginn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, heute bei Euch in Leipzig zu sein. Eure Stadt wird oft als „Wiege der Arbeiterbewegung“ bezeichnet. Früher als anderswo haben sich hier die Menschen in Gewerkschaften zusammengeschlossen. Auch die deutsch-deutsche Einigung hat mit den Montagsdemonstrationen hier ihren Anfang genommen. Das war ein historischer Glücksfall für ganz Europa.

Das Engagement für Freiheit und Gerechtigkeit ist schon immer mit dem Einsatz für die Würde des Menschen verbunden. Würde ist kein abstrakter Wert. Sie ist das Recht auf Unversehrtheit, auf Lebenschancen und menschliche Entfaltung. Sie ist universell und nicht verhandelbar. Und zugleich ist sie eine Verpflichtung! Die Pflicht, jeden anderen als Menschen zu achten.

Darum müssen wir eingreifen, wenn Menschenwürde bedroht oder im wahrsten Sinn des Wortes mit Füßen getreten wird. Jeder fremdenfeindliche Anschlag ist eine Anschlag auf die Würde und darum nicht hinnehmbar!

Wir sagen mit dieser Mai-Kundgebung deshalb auch Nein zu den Neo-Nazis. Sie versuchen auch heute, unseren Tag der Arbeit in Leipzig für ihre Hetzparolen zu missbrauchen. Damit bereiten sie den geistigen Nährboden für ein menschenverachtendes Klima. Ich sage dazu: Bornierter Nationalismus,

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben am 1. Mai nichts zu suchen. In Leipzig nicht, in Deutschland nicht und nirgendwo anders!

Darum zeigen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wie alle Demokraten Gesicht. Gestern Abend das Konzert, heute unsere Demonstration. Wir stehen an der Seite der „Leipziger Bürger gegen Rechts“! Leipzig zeigt Courage. Und die Gewerkschaften sind ein kraftvoller und lebendiger Teil dieser Bürgerbewegung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um in Würde leben und arbeiten zu können, braucht jeder Mensch persönliche Rechte und soziale Rechte. Darum können wir nicht darüber hinwegsehen: immer mehr Menschen sind von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt oder ganz ausgeschlossen.

Hier in Leipzig liegt die Arbeitslosigkeit bei über neunzehn Prozent. Viele Jüngere bangen um ihre Zukunft. Häufig finden sie keine Ausbildung, viele verlassen die Region. Und immer mehr Menschen haben zwar Arbeit, aber zu Bedingungen, die ein Leben in Würde nicht erlauben.

Einen Teil der selbsternannten Elite aus Politik und Wirtschaft lassen diese Sorgen kalt. Einer ihrer Lösungsvorschläge heißt - ich zitiere wörtlich: wir brauchen mehr soziale Ungleichheit! Das wird inzwischen offen formuliert. Solche Aussagen zeigen: wir führen eine Auseinandersetzung um eine grundlegende Richtungsentscheidung in Deutschland. Unsere Position als Gewerkschaften ist klar: Wir wollen keine derart zweigeteilte Gesellschaft. Wir wollen nicht zulassen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter öffnet.

Darum halten die Gewerkschaften auch am Ziel fest, gleichwertige Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland herzustellen. Wir tun das, ohne unrealistische Versprechungen abzugeben. Andere haben großspurig „blühende Landschaften“ versprochen. Sie sind längst wieder abgezogen. Ich sage dagegen offen: es wird noch lange Jahre dauern, bis wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West haben. Aber ihr könnt Euch auf die Gewerkschaften verlassen. Wir stehen zu diesem Ziel. Und wir streiten weiter dafür. Und wenn es sein muss, kämpfen wir auch für seine Verwirklichung!

2004 haben wir in Sachsen das Tarifiergebnis für die Metall- und Elektroindustrie 1:1 übertragen. Damals gegen den aggressiven Widerstand der Arbeitgeber. Diesmal wollen die sächsischen Arbeitgeber dem neuen Metall-Abschluss offenbar zustimmen. Das ist auch besser so. Denn wir werden auch in diesem

Jahr nicht zulassen, dass die neuen Länder abgekoppelt werden. Das Ergebnis vom 22. April 2006 aus Nordrhein-Westfalen wird ohne Abstriche übertragen – in ganz Deutschland!

Über 900.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich bundesweit dafür in nur drei Wochen an Warnstreik-Aktionen beteiligt. Begonnen haben diese Warnstreiks im Leipziger BMW-Werk – 17 weitere Betriebe haben sich hier an Aktionen beteiligt. Auch euch Leipzigiern ist es zu verdanken, dass diese Metall-Tarifrunde 2006 ein gutes Ergebnis für die Beschäftigten gebracht hat!

Wir haben auch das Ansinnen der Metall-Arbeitgeber verhindert, die Arbeitszeit zu verlängern. Arbeitszeitverlängerung vernichtet Arbeitsplätze! Darum akzeptieren wir nicht, was die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst bei den Bundesländern brachial durchsetzen wollen. Sie verweigern sich jeder Verhandlungslösung. Ich appelliere darum auch an die sächsische Landesregierung: Hören sie mit ihrer Blockadepolitik auf und kehren sie zurück an den Verhandlungstisch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese bornierte Haltung entspringt einem Irrglauben bei vielen Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft. Sie meinen, man bekomme die wirtschaftlichen

Probleme in Deutschland nur dann in den Griff, wenn die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen immer weiter verschlechtert werden. Aber Lohndrückerei, Arbeitszeitverlängerung und der Abbau von Arbeitnehmerrechten schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz. Die Situation im Osten unseres Landes zeigt: Damit werden die Beschäftigungsprobleme noch verschärft!

Auch ich bin überzeugt: wir müssen in unserer Republik in einigen Bereichen umsteuern. Nur so können vor uns liegenden Probleme bewältigen. Es reicht gerade für Gewerkschaften nicht, sich auf die bloße Verteidigung alter Standards zu beschränken.

An erster Stelle muss die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit stehen. Wer keine Arbeit hat, dem ist jede Chance auf ein selbstbestimmtes Leben verwehrt. Arbeitslosigkeit ist im 21. Jahrhundert eine der schlimmsten Gefährdungen der Würde. Die Menschen werden durch Arbeitslosigkeit gedemütigt. Sie werden in ihrem Innersten verletzt. Sie verlieren oft ihr Selbstbewusstsein.

Einige in der CDU/CSU wollen jetzt das Arbeitslosengeld II absenken. CDU Wirtschaftsexperte Michael Fuchs sagt, die Regelsätze seien zu hoch. Die Politik müsse - ich zitiere: „über die ALG II Sätze neu nachdenken“. Dieser Herr ist bei

weitem nicht der Einzige. Was diese Leute fordern, ist ein weiterer Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Das ist in unserer Situation blanker Zynismus!

Den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit gewinnen wir nicht mit einfalllosen Streichorgien, sondern nur mit sinnvollen Reformen. Nicht „billiger, länger, härter“, sondern „besser, intelligenter, qualifizierter“ ist die richtige Strategie für die deutsche Wirtschaft! Der wichtigste Rohstoff für die deutsche Wirtschaft sind qualifizierte Beschäftigte. Und der wichtigste Motor für den Aufschwung, sind Menschen, die Arbeit haben. Arbeit, von der sie leben können.

Deshalb müssen diejenigen Menschen, die Arbeit haben, dafür auch ein ordentliches Einkommen erhalten. Die Realität sieht leider anders aus: immer mehr Menschen arbeiten für Löhne, die gerade das nackte Überleben sichern. Deshalb brauchen wir eine vernünftige Mindestlohnregelung. Arbeitsplätze mit einem Stundenlohn von weniger als drei Euro sind unwürdig. Das muss ein für allemal abgeschafft werden! Und zwar noch in diesem Jahr!

Arbeit schaffen wir auch mit gerechten Sozialsystemen. Darum ist entscheidend, wie die große Strukturreform im Gesundheitswesen noch in diesem Jahr ausfällt. Für uns ist klar: Wir brauchen ein System, bei dem nicht nur die Arbeitskosten belastet werden.

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden in 2006 wie in den Vorjahren wieder deutlich steigen. Die sechs führenden Wirtschaftsinstitute rechnen in ihrem Frühjahrsgutachten mit einer Steigerung von über sieben Prozent. Auch der Anteil dieser Einkommensarten am Gesamteinkommen steigt weiter. Darum müssen endlich auch Zins- und Kapitaleinkünfte, Mieterträge und Einkommen aus selbstständiger Arbeit in die soziale Sicherung einfließen.

Und wir brauchen ein System, in dem nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alles schultern. Darum müssen alle Beschäftigten ihren Teil beitragen: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch Freiberufler, Selbständige und Beamte. Selbstverständlich nach der jeweiligen Leistungskraft: Wer viel verdient, kann auch mehr bezahlen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen auch mehr Arbeitsplätze für ältere Beschäftigte. Momentan beschäftigen mehr als die Hälfte der Betriebe in unserem Land keine Arbeitnehmer über 50 Jahren. Die Langzeitarbeitslosigkeit der Älteren steigt und steigt! Nur rund 40 Prozent der über 55-Jährigen haben überhaupt noch einen Arbeitsplatz.

Die beschlossene Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ändert daran gar nichts. Es ist genau der falsche Weg und in Wahrheit eine verkappte Rentenkürzung. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt nur bei knapp 61 Jahren.

Wir brauchen 800.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Ältere, wenn wir bis zum Jahr 2010 die in der Europäischen Union verabredete Zielgröße einer 50prozentigen Erwerbsquote bei den 55-65jährigen erreichen wollen. Darum sage ich: es muss bei dieser Altersgruppe auch über öffentlich geförderte Beschäftigung nachgedacht werden. Unsere älteren Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf die Unterstützung der gesamten Gesellschaft - das ist ein Gebot der Ehrlichkeit und ein Gebot der Solidarität!

Ehrlichkeit und Solidarität benötigen auch - ich meine sogar ganz besonders - unsere jungen Kolleginnen und Kollegen. Gerade in den neuen Bundesländern wird eine ganze Generation um ihre Zukunftschancen betrogen. Das ist eines der größten Armutszeugnisse dieser Republik. Hier muss gegengesteuert werden!

Viele Arbeitgeber schaufeln sich mit ihrer Ausbildungsverweigerung ihr eigenes Grab. Schon jetzt haben wir vor allem in den neuen Bundesländern einen Fachkräftemangel. Ich höre aktuell aus vielen Unternehmen: die Wirtschaft zieht

wieder an. Aber die jungen Leute, die die neuen Aufträge bearbeiten können, fehlen. Das ist doch absurd!

Wir brauchen deshalb dringend eine große Bildungs-Offensive in Deutschland. Das fängt in den Kindergärten an. Und wir müssen in die Schulen und Hochschulen investieren. Häufig wird dort mit der Technik und der Einrichtung von vor zwanzig, dreißig Jahren gelehrt. Das ist ein Unding!

Auch die Zahl der Ausbildungsplätze befindet sich weiter im freien Fall. Sie ist im fünften Jahr hintereinander gesunken. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die im April 2006 noch keinen Ausbildungsplatz hatten, liegt bei genau 370.900. Das sind 15 Prozent mehr Jugendliche ohne Ausbildungsplatz als noch im letzten Jahr. Über 550.000 Jugendliche unter 25 Jahren sind in Deutschland arbeitslos. Fast 200.000 in den neuen Bundesländern. Und mehr als die Hälfte von ihnen hat keinen Berufsabschluss.

Der „Ausbildungspakt“ zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft reicht keinesfalls, um das Problem zu lösen. Er ist längst gescheitert. Wir brauchen eine Garantie - und wenn es nicht anders geht, per Gesetz: Jede und jeder Jugendliche, der will, muss einen Ausbildungsplatz erhalten! Ohne Ausnahme!

Darum appelliere ich an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft: hört endlich auf zu jammern, hört auf, symbolische Politik zu machen! Packt an und unternimmt alles, was möglich ist, für unsere jungen Leute! Sie benötigen uns, so wie wir sie schon jetzt dringend brauchen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

alle Beispiele, die ich genannt habe, zeigen: es geht nicht um das eine oder andere Detail der so genannten „Tagespolitik“. Es geht um eine sehr grundsätzliche Frage, um die Frage: in welcher Gesellschaft wollen wir leben?

In einer Gesellschaft der Gier? Also in einem Land, in dem nur noch Aktienbesitzer und Unternehmensvorstände profitieren? In einem Land, in dem gleichzeitig die Mehrzahl der Menschen vom wirtschaftlichen Wohlstand abgekoppelt ist? Wo sich die Menschen selbst überlassen sind und eben „Pech“ haben, wenn sie es aus eigener Kraft nicht schaffen?

Oder wollen wir in einer Gesellschaft der Würde leben? In einem Land, in dem alle angemessen am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden? In einem Land, in dem auch diejenigen Hilfe erhalten, die keine Arbeit finden. Und in einem Land, wo weder Jugend noch Alter ein persönliches Lebensrisiko darstellen?

Unsere Antwort ist klar, Kolleginnen und Kollegen:

- wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden!
- wer verzweifelt nach Arbeit sucht und keine findet, hat Anspruch auf die solidarische Unterstützung der gesamten Gesellschaft!
- wir wollen, dass die Menschen auch im Alter ein Leben in Würde führen können!
- und wir brauchen Perspektiven für jungen Menschen, vor allem wenn sie einen Ausbildungsplatz oder den Berufseinstieg suchen!

Wie diese Fragen beantwortet werden, Kolleginnen und Kollegen, hängt zu einem guten Teil von uns selbst ab. Von unserer Kraft und unserem Engagement. Die Gewerkschaften haben zukunftsfähige Antworten, die wir mit guten Argumenten begründen können. Und wir haben - zuletzt in der Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie - bewiesen, dass unser Engagement auch etwas bewirkt. Geschichte wird von den Menschen gemacht. Daran hat sich auch im 21. Jahrhundert nichts geändert!

Die Menschen in Leipzig sind beim Engagement für Freiheit und Gerechtigkeit seit langem vorne dabei. Auch der heutige 1. Mai steht in dieser Tradition. Wir zeigen Gesicht, wir beweisen Courage und wir fordern Zukunft. Unser höchstes Maß dabei ist die Menschenwürde. Würdige Arbeits- und Lebensbedingungen waren und sind das Ziel aller gewerkschaftlichen Arbeit. Sie auch in der heutigen Zeit zu garantieren, ist eine große Herausforderung. Aber ich bin überzeugt: wir werden sie meistern, wenn wir nicht resignieren, wenn wir weiter und gemeinsam dafür streiten.

In diesem Sinn wünsche ich Euch und Euren Familien einen guten ersten Mai.